

hat sich somit die Schuldenlast der Monarchie auf mehr als das Dreifache ihres Standes vor Kriegsausbruch erhöht. Die Staatsschulden des Deutschen Reiches und aller Bundesstaaten beliefen sich 1913 auf rund 21 Milliarden Mark. Bis Ende 1916 ist durch den Krieg die Anleiheschuld des Reiches allein um 46 Milliarden Mark, die tatsächlichen Kriegskosten über 50 Milliarden Mark gestiegen. Die monatlichen Kriegsausgaben betragen rund 2200 Millionen Mark. Mit jeder neuen Milliarde, welche der Krieg verschlingt, werden die Lasten der künftigen Friedenswirtschaft erschwert.

Die unmittelbare Folge dieser ungeheuren Vermehrung der Staatsschuld wird in ganz Europa zunächst eine umwälzende Erneuerung des ganzen Steuersystems in mehr oder weniger neuen Formen sein. Mit welchem Betrag die Vermehrung der Staatsschuld den Staatshaushalt in Deutschland, Österreich und Ungarn belasten muß, wird von den allgemeinen Zinsfußverhältnissen, aber auch davon abhängen, ob die Schuld als solche fortgeschleppt wird und nur die Zinsen in den Einnahmen Deckung finden sollen oder ob man auch eine mehr oder weniger rasche Tilgung der Kriegsschulden in Aussicht nimmt. Für jeden Fall wird es sich darum handeln, die Nettoeinnahmen des Staates mindestens zu verdreifachen, zumal gleichzeitig auch die Ausgabenwirtschaft des Staates der schwersten Belastung ausgesetzt wird. Zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsschuld kommt der Aufwand für die Versorgung der Invaliden und Hinterbliebenen der Kriegsoffer, der mit der langen Dauer des Krieges auch bei sparsamster Bemessung der Renten Milliarden erfordern wird, dazu kommen schließlich die Kosten der Retablierung des Heeres und (wenigstens in Österreich-Ungarn) der kriegsbeschädigten Provinzen (Galizien, Bukowina, Siebenbürgen, Bosnien, Istrien, Südtirol). Die Aufwendungen für Heer und Marine werden ebenso steigen wie die Aufwendungen für die